

möglichkeit mehr gab, weil sie aus ihrem trostlosen Elend keinen Ausweg mehr sahen, weil sie nicht erkannt hatten, daß der einzige Ausweg der unerbittliche Kampf gegen diese unerbittliche Ausbeuter-Gesellschaft ist. In dumpfer Verzweiflung schieden sie aus dem Leben und ernteten für ihr verzweifeltes Handeln nur den Spott und den Hohn der Parasiten.

Die Ergebnisse der Berliner Tageblatt veröffentlichten Arbeitskämpfstatistik zeigen uns klar und deutlich die Unmöglichkeit, unter den bestehenden objektiven Verhältnissen durch gewerkschaftliche Kampftaktik den Ausbeutungsmethoden der Unternehmer einen Will entgegenzustellen. Die Gewerkschaften, mit Einschluß der RGO, kämpfen schon lange nicht mehr, sie sind nicht mehr die Angreitenden, sondern ihre noch geführten Teilstreiks sind nur ein verzweifeltes Abwehren, eine Abwehr ohne Erfolg.

Weil der in der Todeskrise sich befindende Kapitalismus keine eigenen Kräfte mehr zur Verfügung hat, um irgendwelche Zugeständnisse machen zu können, weil jede Gewerkschaft, auch die RGO, geschichtlich überholte Organisationsformen darstellen, müssen alle diese gewerkschaftlichen Maßnahmen so negativ verlaufen, wie es geschieht.

Das Zahlenmaterial darüber sieht so aus: Die Zahl der Arbeitskämpfe betrug im ersten Vierteljahr 1931 180, im zweiten 152 und im dritten Vierteljahr 69 Kämpfe. — Verlust an Arbeitstagen: Von 847.000 im ersten Vierteljahr auf 424.000 im zweiten und 64.000 Arbeitstagen im dritten Vierteljahr.

Über den Verlauf dieser Streiks sagt nun das Bln. Tgbl. noch folgendes: „Nicht nur die erfolgreichen Streiks sind zur Seltenheit geworden, sondern auch die Streiks mit schlichtem Ausgang sind 1931 bedeutend zurückgegangen. Die völlige Niederlage ist gegenwärtig das vorherrschende Ergebnis der Streiks, wie es ja auch die Ergebnisse der „wilden“ Streiks im Ruhrgebiet wieder gezeigt haben.“

Das Bln. Tgbl. fährt fort: „Betrugen die Streiks mit vollem Erfolg im Jahre 1928 noch 15,5% der geführten Streiks, so 1931 2,9%; die Streiks mit teilweisem Erfolg betragen 1928 80,6% und 1931 22,8%; die Streiks mit keinem Erfolg betragen im Jahre 1928 3,9% und 1931 64,3% der geführten Streiks.“

Nun, Prolete, sage uns für was zahlst du noch immer deine Beiträge an die Gewerkschaften, warum läufst du noch immer ihrer korrupten Führerkaste nach und läßt dich von ihnen dirigieren und am Gängelbande führen. Der Erfolg dieses deines unrevolutionären Handelns ist: die völlige Niederlage der Streiks ist das vorherrschende Moment — — —.

Dein Klassenfeind hat also alle Ursache, dich zu verböhen, er zieht die Bilanz deines Handelns im Jahre 1931, und er kann befriedigt lächelnd schreiben: „1931 — ein soziales Friedensjahr!“

Eine Niederlage kann auch ein Erfolg sein! dieses von der RGO in Erbpacht genommene Schlagwort soll den Arbeiter immer wieder auf neue veranlassen, das für die Strategen der KPD. benötigte Menschennmaterial zu stellen. Es soll den Arbeiter noch „reiler“ machen, sich der neuen Gewerkschaftsaufflage, der RGO, als gehorsame Schällein anzuschließen. Sie will den Arbeiter auch heute noch zum willenlosen, unkritischen Gefolgsman machen.

Der Spartakusbund aber sagt den Proletariern:

Eine Niederlage ist nur dann ein Erfolg für die proletarische Bewegung, für den Bekämpfungskampf der Arbeiterklasse, wenn ihr, Proletarier, an Hand der sich daraus ergebenden Tatsachen und der marxistischen Analyse der kapitalistischen Wirtschaft für euch die Lehren zieht.

Die Gewerkschaften haben in ihrem jahrelangen Bestehen bewiesen, daß sie unfähig sind, auch unter den günstigsten, objektiven Voraussetzungen den Sturz der kapitalistischen Wirtschaft zu verwirklichen.

Hier abtrennen

Unterzeichner bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreise von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1929.
Verlagort: Rähnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1931
Bezugsgeld ist von mir zu erheben.

Name _____ Ort u. Zustellungspostamt _____

Straße u. Hausnummer _____

Oder gibt es einen günstigeren Zeitpunkt einen Gegner zu beseitigen, ihn unschädlich zu machen, als den Zeitpunkt, wo dieser Gegner, wie der heutige Kapitalismus, krank und erschüttert ist?

Ist für uns, das Proletariat, geschichtlich betrachtet, nicht heute der für uns günstigste Zeitpunkt dar? Befindet sich denn nicht unser Todfeind, der Kapitalismus, in seiner schwersten Krise?

Oder wollt ihr, Proletarier, nach dem Willen eurer korrupten Führer, weiterhin in eurem Elend verharren, wollt ihr noch dem verruchten Willen dem kranken Zystern die kraftentziehende Medizin sein und dafür verrecken?

Wir, der Spartakusbund, antworten euch:

Heute darf es nicht mehr heißen: Kampf für die Arbeitszeitverkürzung, um Lohnerhöhungen, um Wiederbetriebsetzung stillgelegter Betriebe, sondern heute kann es nur heißen: Organisiert den politischen Generalstreik, den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft!

Und eine von Proletariern aufgebaute und von den Proletariern selbst geleitete revolutionäre Organisation, die Räteorganisation, kann das Chaos meistern.

Wir schalten die Bonzen jeder Kategorie aus, auf uns selbst wird alle Verantwortung ruhen, als Avantgarde des Proletariats!

Ordensmanie der KPD-IAH in Insterburg

Am Sonnabend, den 4. 12. 31 fand dortselbst eine Versammlung der IAH statt. Referent war der kleine KPD-Spatz „Frisch“ aus Königsberg. Mit frischem Mut und großem Pathos glaubte er in serviler Form die Anwesenden aus dem rechten Lager begrüßen zu müssen. Nachdem man noch durch einige lächerliche Belanglosigkeiten gelangweilt worden war, ging der Referent zum eigentlichen Thema über. Wertet Mitglied der IAH, war schließlich der Inhalt seiner ganzen weiteren Redebebe. Daß eine Organisation für Mitglieder wirbt, ist schließlich ihr gutes Recht und allgemein verständlich, daß man sich aber dabei Methoden und Köders bedient, die direkt verwerflich sind, sind jedoch Dinge, die vom Standpunkt des konsequenten Klassenkampfes der breitesten Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden dürfen, umso mehr, da doch der Vertreter dieser Organisation die „einzige wahre revolutionäre proletarische Partei“, die KPD, ist.

Zitieren wir inhaltlich die weiteren Ausführungen dieses Genossen Frisch. Er sagte, das Zentralkomitee der I.A.H. hat zu Aufnahmezwecken ein Heft mit 10 Aufnahmeformularen ausgegeben. Jeder wirklich klassenbewußte Genosse hat nun die Pflicht, 10 Neuaufnahmen zu tätigen, dieses Heft mit den 10 ausgefüllten Scheinen unter Angabe seiner Adresse an den Bezirk Königsberg einzuschicken. Als Anerkennung dieser ungeheuren revolutionären Tat wird ihnen dann huldvollst und allgeräuschig ein Verdienstorden überreicht. Wir schlagen vor: das Eckert-Scheringer-Verdienstkreuz am schwarz-blau-rosa Bande im Format von 30 cm. Für den Referenten Frisch, der nach eigener Angabe schon mehrere Aufnahmen gemacht hat und unbedingt an erster oder höchstens zweiter Stelle stehen will, für seinen beispiellosen revolutionären Elan ein vollständiges mit bigen Orden besticktes und behängenes Clowndokostüm huldvollst zu überreichen. Es wäre dies bestimmt eine Möglichkeit dadurch den teuren Fasching zu revolutionieren und würden sicher die dort geschaffenen Kadern bei allen Maskenprämierungen nicht an letzter Stelle stehen.

Genossen, ihr werdet mit Entrüstung rufen: „Das ist doch eine infame Geschmäcklichkeit sonderlicher Art.“ Doch gemacht, stellt euch vor, eine Rot-Front-Abteilung, jeder einzelne dekoriert wie ein Pflingstocher — je nach seinen Annahmemeistungen — marschiert, das revolutionäre Kampflied singend: „Wir tragen nicht Tressen, nicht Achselstücke, wir gehen im Arbeitskittel einher“ durch die Straßen. Nur, Genossen, wenn das keine vollendete Idiotie ist — von den Auswirkungen einer derartigen wahnsinnigen Ordensmanie auf die Proletariergehörne gar nicht zu reden. Dies wäre ein Kapitel für sich. Aber einem einigermaßen koptiklaren Arbeiter braucht man ja dies nicht mehr auseinanderzusetzen.

„Das Alte stürzt...“

Eigentlich müßte sich jeder vernünftige Mensch in unserem teuren Vaterlande recht wohl fühlen. Für Ordnung und Ruhe ist gesorgt. Das deutsche Reich ist eine Republik, eine Demokratie mit der freiesten Verfassung der Welt, hat Parlamente, Parteien, Versammlungs- und Pressefreiheiten, hat Gewerkschaften, Sozialgesetze und Tarifrechte.

Wenn man diese Republik aber näher betrachtet, will, muß man sich zuerst darauf besinnen, was Schenkendorf, der typische Dichter der bürgerlichen Klasse, über die Freiheit sang: „...führst deinen Reigen nur am Sternenzelt“.

So gesehen, wird es verständlich, daß hier gewöhnlich durch Notverordnungen regiert wird. „Sparen“, das ist heute das erste Gebot. Um auch die Kräfte der Volksvertreter zu sparen, tritt einmal oder auch mehrmals im Jahre der Reichstag auf zwei oder sogar drei Tage zusammen, um mit genau abgezahlter Mehrheit die Notverordnungen gutzuheißen. Diese oder jene Fraktion hat zu einer oder anderen der im modernen Tempo entfallenden Manches nicht so angenehme Mit in den Kauf; denn zuviel steht sonst auf dem Spiele: die deutsche Republik mit ihrer freiesten Verfassung der Welt!

Von rechts droht der Faschismus und von links der Bolschewismus. Und, wie schon eingangs gesagt, jeder vernünftige Mensch wird zugeben müssen, daß nur Ruhe und Ordnung bei uns genügend gesorgt ist. Vor allen Dingen mangelt es nicht an Verboten. Fast die gesamte Arbeiter-Presse ist verboten; verboten sogar verschiedene Zeitungen zu veröffentlichen, warum sie verboten wurden. (Vielleicht soll dadurch auch gespart werden — am Papierverbrauch.) Legale Flugblätter gehören heute schon ziemlich vollständig einer vergangenen Epoche an. Versammlungen und Kundgebungen der Arbeiterschaft sind in einer Demokratie (Volksheerrschaft) selbstverständlich überflüssig. Und damit der republikanische Charakter auch wirklich in unserem Vaterlande gewahrt wird, ist durch Notverordnung die Polizei ermächtigt, Verkehrslöcher zu schließen und zu verhindern, daß man in Privaträumen sich zusammensetzt. Vieles Reden kann der Republik nur schaden, darum darf man auch auf der Straße nicht viel Redereien machen. Und wer eben nicht hören will, muß fühlen: die Polizei darf ihn bis zu einem Jahr in Schutzhaft nehmen. Die Not ist groß und wird immer größer. Und das Porto ist teuer. Mit Recht fragen sich darum die Hüter der Demokratie, was manche Leute soviel zu korrespondieren haben. Das Postgeheimnis ist durch Notverordnung aufgehoben. Zu diesem Kapitel gehört auch dieses, daß Grae er, der Tüchtige, für den Sirenkende und Hundsstille ein und dasselbe sind, außer dem Posten des Reichswehrministers auch den des Reichsinnenministers übernahm.

Groener erklärte Pressevertretern gegenüber: „Auf diese Weise werden die Voraussetzungen dazu erfüllt werden, daß Deutschland innerlich geklärt wird und an einen neuen Aufbau herantreten kann.“

Ohne Zweifel: der Schutz der Verfassung, der Schutz der Republik liegt in keiner Hand so gut, wie in der eines ehemaligen monarchischen Generals.

Diese wundervolle Republik wurde 1918 von den Arbeiterpartei und Gewerkschaften geschaffen unter dem Motto: „Die Sozialisten marschieren!“ Manch einem in Treu und Disziplin geschulten Beitrags dieser Organisationen wird heute doch eigenartig zumute sein, bei diesem Marsch in den „Sozialismus“. Wenn er sieht, wie sich die Klassengegensätze verschärfen, wenn er an seinem Leibe spürt, wie seine Lebenshaltung sich verschlechtert, Krankenkassen schließen infolge Zahlungsschwierigkeit; die Sozialfürsorge ist bankrott. Bei geüllten Kauläden verhungert und erlirnt das Proletariat. Aus wirtschaftlicher Not nimmt sich heute schon alle 25 Minuten ein Deutscher Proletarier das Leben. „Wer ist daran schuld? Hitler oder der verlorene Krieg?“

Nichts Überraschendes bedeutet dies für uns, für Spartakus. Entscheidend ist dieses Eine: Sind die Maschinen und Fabriken, die Bergwerke und Transportmittel, das Land und die Häuser Eigentum der Arbeiterklasse oder Privateigentum der Kapitalistenklasse?

In klarer Erkenntnis dieser Tatsache lautete darum auch der Ruf Spartakus 1918:

„Alle Macht den Arbeiter-Räten!“

„Der Feind steht links!“ — sagten die Arbeiter-Parteien und Gewerkschaften. Sie ließen Geschütze, Flammenwerfer und Maschinengewehre gegen Spartakus auffahren. Sie ermordeten die besten und edelsten Köpfe der deutschen Arbeiterklasse.

Sie vermochten aber nicht den Funken der proletarischen Revolution ganz auszurotten. Als glühende Flamme brennt heute der Ruf Spartakus in den Hirnen und Herzen der Arbeiterklasse: der Ruf nach der Diktatur des Proletariats!

Organisationsnachrichten

Es wird hierdurch von Hermann Schade, Gruppe Braunschweig, gewarnt, da selbiger nachweisbar ein verwerfliches Doppelspiel treibt.

Für den Inhalt verantwortlich: Richard Weiß, Dresden-A. Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Nr. 5 * 7. Jahrgang
12. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verleger: Paul Köllner, Rähnitz-Hellerau, Hendrichstraße 3

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, lerner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

Erste März-Nummer 1932
Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postscheckkonto Dresden Nr. 32722

Einzelnummer 15 Pf.
erscheint monatlich zweimal

Genf - Japan - China - Weltkrieg

Alle Seitenblasen der Friedensfreunde sind zerplatzt. Zwei Staaten, Japan — China, die dem Völkerbund angehören, die etzrig für die Abrüstungskonferenz in Genf agitierten, sind in einen Krieg verwickelt. Zwar hat keine Kriegserklärung stattgefunden, das hundert jedoch nichts daran, den Expansionswillen der Japaner in China mit Wallengewalt durchzusetzen.

Die Abrüstungskonferenz in Genf, an der 64 Staaten teilnahmen, Großmächte mit ungeheuren Militärapparaten, war eine gewaltige Pleite. Die Friedenspakete, der Kelloggpackt sind papierene Proteste, die beiseite gelegt sind, solange die Geschütze der kapitalistischen Staaten donnern.

Was sich in Genf abgespielt hat, war Begleitmusik zu dem fernöstlichen Konflikt. Wenn der Völkerbund als Organisation der überparteilichen Staatenbildung seiner Macht Ausdruck gegeben hätte; und die Großmächte hätten ihre Kriegsschiffe, ihre Bombenflugzeuge und Giftgase nach Japan geschickt und Japan gedroht, seinen Expansionswillen in China einzustellen — so wie es die Friedensfreunde gewünscht haben, — dann hätte Japan seine Feindseligkeiten einstellen müssen, weil es der bewaffneten Übermacht der Großmächte nicht gewachsen ist.

Aber was tat die Abrüstungskonferenz? Die obersten Staatenlenker hielten große Redeschlachten. Durch die Reden in Genf wurde für jeden, der den Völkerbund noch für eine Friedenssicherheit hielt, — demonstriert, daß ihre Friedensschlachten leeres Getöse sind.

Der Völkerbund erwies sich als eine Friedensstrappe. Sicherheit und Abrüstung, das waren die Gegensätze, die der Konferenz ihr Gepräge gaben. — Während die Schwächeren, die vom Kriege bedrohten, Abrüstung verlangten, verlangten die stärksten Militärstaaten Sicherheit, verlangten die reichhaltigen Genf zeigte, daß die Zwangslagen der kapitalistischen Widersprüche nicht aufzuheben sind. Die Staatenlenker in Genf zeigten, daß sie sich bereits für die Einreihung in die Kriegsfrent Japan — China entschieden haben.

Der Schmied der Eisernen Front

Herr Reichspräsident Paul Löbe, der Schmied der Eisernen Front, steht am Amboß der Demokratie und schmiedet die Eiserne Front.

„Wir weichen was wir schmieden
Der Freiheit und dem Frieden
Dem Recht der breiten Massen
Die wir nicht schutzlos lassen.“

Das sind Löbes lyrischen Worte zu der politischen Flitterwoche der Eisernen Front, Arm in Arm mit der blutigen Internationale.

Wochenlang hatte man die Tränendrüsen der Heilheukinder und weiblichen Geschlechts zur Front von Eisen bearbeitet. Geistige Erleuchtung armseliger Surrogate, das ist die rote Liebe der SPD, die Herrschaftsinteressen der Bourgeoisie zu erhalten; Mit navlistigen Verschleierungs- und Verdummungsmitteln das Proletariat in Ketten zu legen, das ist der Sinn der Eisernen Front.

„Wir weichen was wir schmieden“
Das klassenbewußte Proletariat wird von der SPD,

Für das marxistisch-revolutionäre Proletariat war Genf keine Enttäuschung. Es weiß, daß solange es Kapitalismus gibt, Kriege gibt; es weiß, daß keiner außer dem revolutionären Proletariat niemand in der Lage ist, der Kriegselahr Einhalt zu gebieten. Genf sollte für das Proletariat ein Versuchungsmanöver sein. Doch die kapitalistischen Widersprüche sind soweit heran gereit, daß es nichts mehr zu versuchen gibt. Der Krieg in Asien ist im Gange, für die kapitalistischen Staaten heißt es nicht mehr dem Krieg ein Ende zu machen, denn Krieg bedeutet in dieser gewaltigsten, aller bisherigen Weltkrise Profit, und Profit ist das Allerheiligste, für den in seinen Todeskämpfen sich befindenden Kapitalismus.

Es wäre eine Verneken der Tatsachen, wollte man für den Vormarsch der japanischen Truppen nur die übermächtigen Generale verantwortlich machen, wie es die Sozialdemokratie macht. Wenn die Militärmacht in Japan mit dem Preußengeist verglichen wird, dann darf man den Militärapparat nicht als einen von dem kapitalistischen System losgelöste Macht betrachten. Je stärker der Kapitalismus, je auswegloser es ist, dem aus den Proleten ausgebeuteten Mehrwert abzusetzen, um so größer ist seine Militärmacht.

Der Boykott der japanischen Waren in China genigte, um den Krieg Japan — China, zu einem neuen Weltkrieg zu entzünden. China ist ökonomisch nicht nur eine Interessensphäre des japanischen Imperialismus. Der Weltkapitalismus, der in seinem Warenaustausch mit allen Ländern eng verflochten ist, der heute keine Absatzgebiete mehr findet, muß, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, sich die noch billig ausbeutenden Rohstofflager aneignen.

Nirgends ist ihm hierzu bessere Gelegenheit geboten, als in China. Japan als industriell-imperialistischer Staat, welcher arm an Kohle und Eisenerze ist, kann aus wirtschaftlicher Not länger die reichhaltige Ausbeutung von Mineralien, Kohle, Eisen, Zink, Blei und Petroleum in China hinauschieben. Durch Verträge mit der Kuomintangregierung China auszubeuten, würde Japan zu kostspielig sein, da die chinesische

geschmiedet, und läßt sich nur zum Kommunismus schmieden.

„Der Freiheit und dem Frieden“

Bis auf die Freiheit zum Verhungern sind die Proleten vogelfrei. Der SPD-Friede ist dem Proletariat nur zu gut bekannt, denn es war Kronzeuge am Hochzeitstage der roten Liebe der SPD. mit der blutigen Internationale im August 1914.

„Dem Recht der breiten Massen“

Stimmt, die Massen haben noch ein Recht, es kommt schon vor, daß der bürgerliche Klassenstaat sich von seiner schwarzen Seite zeigt, dann kann die Masse ja wählen gehen.

„Die wir nicht schutzlos lassen“

Hierin hat der Schmied der Eisernen Front wohlweislich Recht. Brünnings Notverordnungsmaaschinerie mit Begleitung sozialdemokratischer Tolerierungsmusik; und „Unsere“ Polizei schlägt den Takt dazu, mit dem DRPateu-Taktstock Marke SPD, genannt Gummiknüppel.

Das ist der Sinn der Eisernen Front, die schon immer und heute noch viel schärfer als zuvor unter der Einheitsfront Hindenburg, Brüning, Löbe das Proletariat bis zum Weißblüten auspöwete.

Bourgeoisie dadurch zu große Profite einstecken würde. Und so handelt Japan eben mit kapitalistischen Gesetzen. Wo eine friedliche Auseinandersetzung nicht möglich ist, da marschieren die Truppen, fahren die Kriegsschiffe und bombardieren die Städte, da reden die Geschütze und Flugzeuge die deutliche Sprache der Eroberung.

Japan ist nicht das einzige Land, das für die Ausbeutung Chinas ein Interesse hat. China ist Reibungszone aller imperialistischen Staaten. Alle Staaten sehen, sobald China angegriffen wird, ihre Interessen verletzt. Alle Großmächte wollen die billige chinesische Arbeitskraft ausnutzen (monatlich 10.— Mk.). Frankreich sieht in Indochina — England in Indien — Rußland in der Mandschurei — die Vereinigten Staaten von Amerika auf den Philippinen — seine Interessen verletzt.

Dazu kommt, das investierte Kapital in China. Japan, so gut wie England sind je mit einer Goldmilliarde Dollar, die Nordamerikanischen USA-Staaten sind mit 200 Millionen Golddollar in der chinesischen Industrie-, Handels- und Finanzwelt interessiert. Diese Gegensätze sind nicht mehr überbrückbar.

Der Kapitalismus braucht in der heutigen Wirtschaftsdepression eine Explosion. Die Rüstungsindustrie, die wichtige Internationale, sie hat seit langer Zeit Vorbereitungen für das neue Kriegsgreuel getroffen. Der „Daily Herald“ meldet, daß Waffen im Werte von Millionen und Abermillionen Pfund Sterling nach China und Japan von Europa aus transportiert worden sind.

Die Rüstungsindustrien Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Norwegens und Polens, sie alle haben für Kanonen jeden Kalibers, Munition, Patronen, Granaten, Bomben, Leuchtraketen und Flugzeuge, die Monat für Monat zu Hunderttausenden Pfund Sterling nach China und Japan gingen, Profite über Profite eingehemst. Japan hat erst kürzlich größere Mengen schweren Kriegsmaterials in Frankreich bestellt.

Der Krieg nimmt immer größere Formen an. Jedes Land ist darauf bedacht, aus dem Blutbad Profit zu schlagen. Selbst durch Deutschland rasen die Güterzüge mit Kriegsmaterial, das in den Skodawerken in der Tschechoslowakei, eine Zweigstelle der französischen Rüstungsindustrie Schneider-Creuzot, angefertigt ist, und von dort nach Hamburg verladen wird. In Paris, London, Newyork steigen die Kurse der Rüstungsindustrien enorm.

Wo der Profit ein blutiges Gemetzel braucht, hat der Völkerbund zu schweigen. Es gibt für das kapitalistische Weltwirtschaftssystem keinen anderen Ausweg als den Krieg. Fünf Jahre sind die Vorbereitungen für die Abrüstung im Gange, aber anstatt der Abrüstung ist eine ungeheure Aufrüstung erfolgt. Zwar haben alle Staaten in Genf sich für die Abschaffung der menschenvernichtenden Kriegswaffen erklärt, die die Zivilbevölkerung zu tausenden, zehntausenden grausam mordet, doch nie werden und können diese Beschwörungen vom Kapitalismus in die Tat umgesetzt werden.

Am klarsten hat dieses der Vertreter Rußlands, Litwinow, auf der Konferenz zum Ausdruck gebracht. Leider sprach Litwinow nicht im Sinne des Weltproletariats, sondern für den falschen Kurs Stalins. Auch Rußland muß einsehen, daß die Verträge, die Nichtangriffsakte Papierletzen bleiben, — Rußland und China, daß sind die beiden Staaten, durch dessen Eroberung der Weltkapitalismus glaubt, seine Lebensdauer noch auf kurze Zeit zu verlängern. — Frankreich, Japan, England und Amerika stehen bereit, ihren Einzug zu halten. Die Kriegsschiffe stehen bereit, der kleinste Zwischenfall, kann das russisch-chinesische Pulverfaß zur Explosion bringen. Diese grausame Situation hat die Fronten klar aufgerollt. Die Kriegshetzer treiben immer offener ihr Spiel.

Alle Volksbegriffe verschwinden. Deutlich zum Ausdruck haben dieses die französischen Pazifisten ge-

bracht, indem sie nachwies, daß die Hitlerbewegung von der französischen Rüstungsindustrie finanziert würde. Und das Proletariat? Es dürfte als Klasse an dem kommenden Weltgenetzel kein Interesse haben, da es kein Vaterland hat und nur international seinen Todfeind, den Kapitalismus bekämpfen kann.

Trotzdem die Karten der kapitalistischen Kriegsfurie für jeden so offen zur Einsicht liegen, daß das Proletariat den Werdegang des neuen Mordens mit all seinen erschreckenden Folgen klar erkennen kann; ist es immer noch nicht zum revolutionären Klassenbewußtsein gekommen.

Die jahrelange Propaganda „Arbeit und Brot“, diese spießhafte Bettelmethode, trägt leider heute Früchte. Leider denkt das Proletariat nicht an den Sturz des Kapitalismus. Im Geiste sieht es, daß die Produktionsstätten sich bald öffnen, damit sie als Zubehälter des Todes Granaten drehen können, um Arbeit und Brot zu haben.

Soweit haben die Parteien und Gewerkschaften das Proletariat zum nationalen Rummel erzogen. Trotz der Rückständigkeit der Proletariat, trotz ihres Verbleibens in den vorrevolutionären Arbeiterorganisationen, leben wir in der Epoche der Kriege und der Weltrevolution. Nur Narren können das bestreiten.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder mit dem Kapitalismus zum neuen Morden, zur Vernichtung der Menschheit schreiten; oder mit dem Spartakusbund den Weg der Weltrevolution mit der Lösung: Bürgerkrieg dem Kriege zu beschreiben.

Die sterbende eiserne Front

Eine Versammlungsluft geht durch Deutschland. Die Republik, die der Nährboden des Faschismus war und die Arbeiterklasse ideologisch vom Klassenkampf abbringen wollte, rafft sich in seiner Todesstunde auf und geht mit dem Geschrei „die Eiserne Front marschieren“ hausieren.

Dieser Todeskampf der Republikaner ist ein vergebliches Bemühen. Die politische Verschleierungshülle Demokratie ist heute zu durchsichtig geworden. Die Todeskrise des kapitalistischen Wirtschaftssystems verschärft sich täglich, die Reaktion, der Faschismus, formiert sich unter dem Schutze der republikanischen Staatsbehörden (letztere sind durchschnittlich faschistisch) zu einer Bürgerkriegsarmee, die nicht nur als Mordbanditen Proletariat abkilt, sondern als Bewegung selbst eine Gefahr für die republikanische Staatsform wird.

Wiederum soll die Arbeiterklasse die Schutzgarde der Bonzenklügel gegen die wachsende Gefahr der schmarotzenden Hitlerbewegung werden. Für die Republik der Ausbeuter, der Notverordnungen und der staatlichen sanktionierten Lohnabbauwelle soll das Proletariat kämpfen, damit der Bonzenapparat der SPD, und der Gewerkschaften nicht restlos zerschlagen wird.

Kann das Proletariat eine eiserne Front zum Schutze der Republik gegen den Faschismus bilden? Nein, und niemals nein. Es ist und kann niemals die Aufgabe des Proletariats sein, sich mit seinen Todfeinden, dem liberalen Bürgertum zu versöhnen und zu kämpfen. Die Republik ist für das Proletariat ein leerer Begriff. Sein angebliches Mitbestimmungsrecht war nur ein Scheinrecht. Sein Lebensstandard ist tiefer als das Lebensniveau zu Zeiten der Hohenzollern gesunken. Das Proletariat ist heute nur noch Zielscheibe der hitlerschen Mordbanditen beim schwächsten Abwehrversuch gegen die Überfälle der kapitalistischen Lohnräuber. Rechtlos in jeder Beziehung durch die Republik gemacht, kann es nicht die Aufgabe des Proletariats sein, seinen eignen Sklavenhalter gegen einen anderen noch blutigeren Sklavenhalter wie jenen der Hitlerbewegung zu verteidigen. Für das Proletariat gibt es nur einen Weg, den es bei Strale seines Unterganges beschreiben muß, und das ist jede Vernichtung von Sklavenhaltern und die Verwirklichung der proletarischen Diktatur.

Die Unterschiede zwischen republikanischer und faschistischer Diktatur sind durch den faschistischen Brünning-, Groener-, Hindenburg aufgehoben. Es ist ja nicht die Staatsform, sondern die kapitalistische Wirtschaftsform, die um ihrer Aufrechterhaltung den politischen Kurs der Regierenden bestimmt. Durch die Revolution von 1918 war zur Verblendung der rebellierenden Massen die Republik der einigste Ausweg um den Kapitalismus zu retten. Heute ist der Faschismus der einzigste politische Ausdruck der Kapitalisten, um das durch Parteien und Gewerkschaften zersplitterte Proletariat niederzuhalten.

Wo fängt der Faschismus an und wo hört die Republik auf zu herrschen. Einen Unterschied gibt es hier nicht. Während sozialdemokratische Arbeiter nicht in die Reichswahl hineinkamen, wurden die nationalsozialistischen mit Freuden aufgenommen. Erst kürzlich hat Brüning, Groener und Schleicher die Nationalsozialisten aufgefördert in die Reichswehr einzutreten.

Nicht anders ist der Erlaß des Reichswehrministeriums zu verstehen.

Und was unternimmt die sozialdemokratische Regierung in Preußen, um den Faschismus abzuwürgen? Ungeheimt kann sich die faschistische Mordpresse in ihrer Hetze austoben. Ungeheimt können die Mordstürme der Nazis in Berlin und Umgegend ihre Mordtaten begehen, ohne daß die Severingpolizei einschreitet. Dagegen wurden aber Republikaner, die Karl Severing hochleben ließen, zur Polizeiwache geschleift.

Immer offener wird die Begünstigung der Nazis in Preußen und besonders in Berlin, während jede proletarische Veranstaltung und ihre Presse unterdrückt wird.

Die eiserne Front, das ist die Nachahmung der eisernen Hindenburgzeit. Feldmarschall Hindenburg, Notverordnungsminister Brüning, Reichswehr-Groener, Noske, Severing und Leipart, die hielten Gewähr, daß das Proletariat weiter im Interesse des Kapitalismus bluten muß, wenn das Proletariat diesen Vertretern der Groß- und Kleinbourgeoisie die Gefolgschaft nicht versagt. Hindenburg, Brüning, Groener mit den Parteien und Gewerkschaften, das ist die Front gegen die Arbeiterklasse.

Will die eiserne Front leben, dann muß der Hungerriegel des Proletariats enger geschnallt werden. Selbstverständlich wird Hitler tausende und aber tausende der Besten des Proletariats abschlachten. Aber nicht Hitler allein. Auch Noske ging als Bluthund durch die Revolution. Hitler, Noske, das ist eine Front, nicht gegen das heute noch schlafende, in Part ideologie befangene; aber gegen das um seine Befreiung kämpfende Proletariat.

Das kapitalistische System stirbt, und mit ihr die eiserne Front, darum kann es nur heißen: Nicht Mordfront; Hitler-Goebbels; nicht eiserne Front; Hindenburg — Leipart — Noske und Severing; nicht Thälmanns; Präsidentenwahlrummel; — sondern die proletarische Klassenfront, formiert unter der Klassenkampfmethod des Spartakusbundes, kann einzig und allein den gerechten und für das Proletariat notwendigen Kampf führen, der nicht ein Wahlkampf; nicht ein Kampf der Stimmzettelabgabe; sondern ein Kampf zum Sturz des kapitalistischen Raub- und Mordsystems ist.

Die Sozialfürsorge — ein Trümmerhaufen

Seit Jahren erhalten sich die verschiedenen „sozialen“ Versicherungen nur noch durch ständigen Abbau ihrer Leistungen am Leben.

Die Arbeitslosenversicherung
Oft genug hat sie versucht, durch einschneidende Kürzungen der Unterstützungssätze sich gesund zu erhalten. Und doch werden jetzt immer mehr Stimmen der kapitalistischen Sachverständigen laut; sie haben sich nicht bewährt. Man wird sie — (wieder einmal) reformieren, oder ganz verschwinden lassen.

Immer spärlicher werden die Einnahmen; denn der Lohn sinkt beständig, ebenso die Zahl der Arbeitenden. Auf der anderen Seite bleibt die Zahl der Unterstützungsempfänger in derselben Höhe. Der Abgang in die Krisenfürsorge und zu den Wohlfahrtsämtern entspricht fast genau den neuzugeworbenen Arbeitslosen.

Die Invalidenversicherung
Durch die 1918er Maßnahme der Dezember-Notverordnung versucht man sie zu sanieren. Und stellt nun fest, daß dieses nicht gelungen ist.

Um 170 Millionen sind 1931 gegen 1929 die Einnahmen gesunken. Man plant, die Unterstützungssätze „anzupassen“, also um ein Gewaltiges zu senken. Das würde bedeuten, daß die Invaliden-Rente praktisch verschwinden würde. Denn in den seltensten Fällen ist sie heute bereits nicht mehr ausreichend, das Existenzminimum eines Menschen zu sichern. Und fast immer muß das Wohlfahrtsamt eine Ausgleich-Unterstützung dazuzahlen.

Die Krankenversicherung
Sie verringerte ihre Leistungen nach den Notverordnungen vom Juli und Dezember 1931 um rund 600 Millionen. Und stellt heute fest, daß sie nach neuen Wegen zum Finanzausgleich suchen muß.

Die Unfallversicherungen und Berufsgenossenschaften

senkten nach der letzten Notverordnung ihre Leistungen um 20 Proz. Dieselbe Notverordnung enthielt aber eine ganz besonders raffinierte Bestimmung: diejenigen Berufs-genossenschaften, die nicht durchkommen, sollten sich mit anderen verschmelzen. Da natürlich keine ihre Selbständigkeit freiwillig aufgeben will, „wirtschaftet“ jede gut, d. h. gibt den Vertrauensärzten entsprechende Anweisungen.

Die Wohlfahrtsämter

Sie sind die Häfen, in denen alle die Ausgeschlossenen münden, für die der bankrotte Kapitalismus keine Verwendung hat; die ausgesteuerten Arbeitslosen; die Rentner, die aus der Invalidenkasse mit einigen Mark den Monat unterstützt werden; diejenigen Proleten ohne Arme und Beine, die aber trotzdem keine 25 Proz. erwerbsunfähig sein sollen.

Und wenn das deutsche Proletariat sich noch immer weiter mit seiner wunderbaren Republik zufrieden gibt, werden auch die Familien der Erwerbsfähigen auf dem Wohlfahrtsamt aufzumarschieren gezwungen sein. Denn der Lohn wird knapp mehr für den Arbeitenden selbst reichen; nicht mehr auch zum Unterhalt von Weib und Kind.

So sind die Wohlfahrtsämter zu der Wunde geworden, an der die Kommunen verbluten. Nach einer Rede des Berliner Stadtkämmerer Asch, stehen viele Kommunen heute bereits vor dem Ruin.

Die verschiedensten Vorschläge werden gemacht, um die Sozialversicherungen wieder auf die Beine zu bringen. — Der eine Vorschlag lautet: Dem Arbeiter wird ein Betrag abgezogen und an eine Stelle geleitet. Diese versorgt ihn bei Arbeitslosigkeit, Unfällen, Krankheit und Alter.

Man holt — und mit Recht — dadurch Ersparnisse in der Verwaltung zu erzielen. Allerdings wären die Ersparnisse nicht groß. Sie wären gleich, der Differenz zwischen den Gehältern der Angestellten und ihrer Unterstützung, die diese Abgebauten dann beziehen würden. Man könnte auch die Unterstützungen für die verschiedenen Arten der Erwerbsfähigen gleichsetzen. Die weitere Entwicklung der Todeskrise würde mit Notwendigkeit trotzdem immer wieder erfordern: Abbau der Unterstützungssätze und Erhöhung der Abzüge.

Ein anderer Vorschlag, dem auch der lamose Sozialkommissar Dr. Goerdeler zustimmt, geht dahin, den Gewerkschaften die Sozialfürsorge zu übertragen. Sollte dieses durchgeführt werden, — dann müßte zuerst eine „Gewerkschaft der Arbeitslosen“ gegründet werden. Und womit sollte sich diese finanzieren?

Das Proletariat wird sich über diese Fragen nicht den Kopf zerbrechen. Es wird seine ganze Kraft konzentrieren zum Sturze dieser verfaulenden Gesellschaftsordnung und ihrer Bettler-Fürsorge.

Sie machen es ihnen leicht

Rosa Luxemburg sagt in ihrer Schrift über die russische Revolution, daß der Sozialismus in den letzten Jahrzehnten nichts getan hätte, als Argumente für seine Gegner zu liefern.

Und wirklich, wenn man Theorie und Praxis der „berulenen“ Vertreter des Sozialismus, sowohl der 2. als auch der 3. Internationale, einer marxistischen Kritik unterzieht, so erweist sich jenes Wort als leider nur zu wahr.

Wie könnte auch eine Weltanschauung, die so wissenschaftlich tief fundiert ist wie der Sozialismus, dazu um ein solches Erhabenheit und Überzeugungs-wucht, in gerade der Periode, welche wie keine andere die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung geschaffen hat, die Massen derart kalt lassen, wie es leider heute der Fall ist. Ja wie es überhaupt möglich, daß ein großer Teil derer, die es angeht, den Phrasenreien jenes reaktionären Sozialismus den Hitler & Co. nachlaufen, wie wäre all dieses möglich ohne den offenen Bankrott der Internationale der Vaterlandsverteidiger von 1914, ohne jene Argumente, die die „sozialistischen“ Regierungen von Ebert bis Hermann Müller und Otto Braun geliefert haben.

Wie konnte es dahin kommen, ohne die Korruption, die mit der Übernahme von Regierungsgeschäften, mit Postenjägerei, kurz mit Parteimachenschaften naturwunderlicherweise verbunden ist. Und auch das wäre überwunden worden.

Letzten Endes müßte der Dummste begreifen, daß die Sozialdemokratie mit Sozialismus ungefähr so viel zu tun hat, wie etwa Bismarck; wenn nicht der neue Pächter und nunmehrige Generalvertreter des Artikels, die KPD, denselben mit Methoden und unter Umständen angeboten hätte, die alles andere als dazu angeht waren, zu begeistern.

Die Tatsache, daß wie in allen bürgerlichen Revolutionen, so auch in der russischen Revolution Proletarier eine hervorragende Rolle spielten, und später in erheblichem Wollen die Staatsgeschäfte eines kapitalistisch fundierten Landes übernahmen, diese Tatsache also für ihre Parteizwecke auszunutzen, müßte sie sich behajend zu allen späteren kapitalistischen Notwendigkeiten dieses Landes stellen, sie für „Aufbau“ des Sozialismus hinstellen.

Die Widersprüche, die ein plötzlich zum Sozialismus erklärter Staatskapitalismus zeitigen muß, die Mißstände, die bei ihm als zurückgebliebenster, weil unproduktivist arbeitender Konkurrent der übrigen kapitalistischen Länder um so offener zu Tage treten,

Bericht von der 4. Reichskonferenz des Spartakus-Bundes

Am 29., 30. und 31. Januar 1932 tagte in Dresden die vierte Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Freitag, den 29. Januar wurde mit dem üblichen Empfang der auswärtigen Delegierten und Gäste, dem sich eine ausgiebige Aussprache über die verschiedenen praktischen Erfahrungen und gewonnenen Eindrücken in den verschiedenen Bezirken anschloß, die Reichskonferenz eröffnet.

Bezeichnend waren die Ausführungen des Braunschweiger Delegierten, die klaf zeigten, wie die Pressen aller Parteischattierungen die Vorgänge und wahren Zusammenhänge der letzten Unruhen im dortigen Bezirk bewußt verdreht oder unterschlagen haben. Dieser Abend war in seinem Erfolg ein unsozialistischer, als er sich in seiner geleisteten Arbeit mit Recht die Eigenschaft einer Vorkonferenz erwirkt hatte.

Mit einer kurzen, markanten Ansprache des Leiters der Konferenz, in besonderer Betonung der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Tagung, in Anbetracht der äußersten internationalen Zuspitzung der Klassen-gegensätze unter besonderer Berücksichtigung der faschistischen Episode, trat man nach Verlesung des Tagesordnungsvorschlages in die offizielle Tagung ein.

Der Tagesordnungsvorschlag wurde unter kleinen Abänderungen und Kürzungen in folgender Form durchgeführt.

1. Berichte der Ortsgruppen
2. Bericht des RAA.
3. Bericht der Pressekommission
4. Klärung der Braunschweiger Angelegenheit
5. Anträge
6. Einigungstrage im Räte-Kommunistischen Lager.
7. Referat über die weltpolitische Lage.

Punkt 1 zeigte durch die klaren, objektiven Berichte der Vertreter der verschiedenen Bezirke ein einwandfreies Bild der gesamten Konstellation des Reiches.

Zusammenfassend zwingt sich uns die Erkenntnis auf, noch intensivere Propaganda trotz aller finanziellen Hemmungen zu tätigen, umso mehr, da die KPD, in diesen historischen Augenblicken vollkommen ver-

sagt. Nach ganz authentischen Berichten ist man in oberen Führerkreisen drauß und dran, eiligt die Zelte abzubauen und die Pässe bereit zu halten, um sich der Gefahr des Faschismus durch Desertation zu entziehen.

Ostpreußen steht unter Belagerungszustand und hat dieser Bezirk gleich Braunschweig unter größter Polizeiwacht zu arbeiten propagandistisch haben aber diese Gruppen den größten propagandistischen Erfolg gezeigt. Organisatorisch bringt erhaltungsgemäß eine aufgezwungene, bedingte Illegalität, stets innere Festigung und Erweiterung der Kampfbasis.

Spartakus wurde dem Proletariat heilig durch Noske und Edenhofkurie, Spartakus wird siegen trotz Braunschweig, Ostpreußen und aller faschistischen Gebilde.

Punkt 2. Dem Bericht des RAA wurden keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten entgegen gestellt. Wohl brachten einige Gruppen berechtigte Beschwerden vor, doch waren diese nur rein geschäftlicher Natur. An der gesunden, richtunggebenden Kritik werden auch diese kleinen organisatorischen Ausführungsängel in Kürze behoben sein.

Punkt 3. Der Pressebericht war, da gebunden an bürgerliche Profit- und Finanzmethoden, eins der heikelsten Punkte. Tatsache ist, daß die Presse sich vollkommen selbst trägt und einen beträchtlichen Teil Propagandanummern abwirft. Doch nur unter der Voraussetzung striktester Abrechnung aller Lieferungen ist die Durchführung aller getroffenen Dispositionen gegeben und somit das laufende und pünktliche Erscheinen gewährleistet.

In der Diskussion kam einmütig der feste Wille zum Ausdruck, das 14tägige Erscheinen des Spartakus mit allen Mitteln zu sichern, nur in ganz außergewöhnlichen Fällen (Beschlagnahme etc.) monatlich eine Doppelnummer herauszubringen. Die durch die letztgültige politische Beschlagnahme betroffenen Gruppen wurden einmütig ihren Verpflichtungen (zwei Nummern des „Spartakus“) entbunden.

Punkt 4. Land nach Bericht der Bezirks-Delegierten Braunschweigs und eingehender Diskussion in einmütiger Bestätigung getroffener Maßnahmen der Ortsgruppe Braunschweig seine Erledigung.

Punkt 5. Der Antrag auf Verlegung des Reichsvorortes wurde abgelehnt, während dem Antrag auf Schaffung einer Informations- und Propagandastelle einmütig stattgegeben wurde.

Punkt 6. Die Berichte der Genossen über Einigungstragen — Berichte eines Genossen des Spartakusbundes und eines Genossen der AAU-D-Richtung wurde mit größtem Interesse von allen anwesenden Delegierten und Gästen entgegengenommen und in längerer Debatte behandelt.

Der Spartakusbund hat seine Auffassung in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt (siehe Nr. 4 des „Spartakus“). Mit größter Befriedigung nahm vor allem die Konferenz Kenntnis von den inneren Kämpfen der AAU, mit dem Erfolge des völligen Bruches des größten Teiles der AAU-Genossen von jeder Parteiauffassung.

Ideologisch war man einmütig der Auffassung, daß aus all den inneren Kämpfen der AAU, sicher klarer und hemmungsloser hervorgegangen ist, als die AAUE. Hoffentlich gelingt es den Genossen der AAU, infolge ihrer engeren Fühlung in Kürze auch die Genossen der AAUE aus ihren Belangenheiten zu lösen. Dies wäre ein ganz bedeutender Schritt vom Standpunkt der Klärung im Rätekommunismus. Das ist der aufrichtigste Wunsch aller Genossen zum Wohl der gesamten proletarischen Bewegung.

Punkt 7. brachte ein groß angelegtes, mit vielen einwandfreien, in größter Sorgfalt zusammengestellten Material belegtes weltwirtschaftspolitisches Referat, unter Berücksichtigung der faschistischen Bewegung einerseits und Rußland andererseits.

Die fast 4 Std. währenden Ausführungen sollen II. Antrag in der Presse veröffentlicht werden. Von einer Diskussion wurde in Anbetracht der vorgerückten Zeit Abstand genommen und die Diskussion in die Bezirke und Gruppen verwiesen.

Mit einem kurzen Appell und dem Gelöbnis zur intensivsten revolutionären Arbeit, land im Zeichen und Gedanken an unseren verstorbenen Genossen und revolutionär-proletarischen Dichters Kautsk, diese allen Delegierten viele neue Hinweise auf die Praxis geborene Anregungen auf den Weg gebende Reichstagung ihren Abschluß.

Wir sind uns alle vollbewußt, daß der Wert von Konferenzen nicht in der pompösen Aufmachung oder in hochtönenden, mit allem rhetorischen Geschick aufgebauten Referaten besteht, sondern der Wert einer Konferenz ist an sich nicht sofort wahrnehmbar. Nur die nach der Konferenz einsetzende Kleinarbeit in Bezirken, Gruppen und Betriebsorganisationen bringen den Wert von Konferenzen zu Tage.

Genossen im Reich, darum frisch ans Werk, setzt alle in der Konferenz gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen in die Wirklichkeit um!

Uns gehört der Sieg!
Trotz alledem!

geben allen Gegnern des Kommunismus die von ihnen freudig ergriffene Gelegenheit, sie für Widersprüche und Mißstände des Kommunismus an sich, auszugeben.

Indem die KPD, einen drei- bis siebenfach kapitalistisch getauften und revidierten „Sozialismus“ anpreist, schafft sie allen denen billige Argumente, die sich an wirklich, wissenschaftlichen, — bisher nie und nirgends verwirklichten Kommunismus, der heute in seiner Reinheit nur von den Rätekommunisten propagiert wird, die Zähne ausbeißten müßten.

Unter der Überschrift: „Russischer Sozialismus“ bringt der ostpreußische Leiter des Sozialismus der Unzulänglichen, Herr Erich Koch, in Nr. 31 der von ihm herausgegebenen „Preußischen Zeitung“ einen Leitartikel, der trotz seiner selbst fürs dritte Reich strahlenden Dummheit, doch noch geeignet ist, den KPD-Strategen ihren „Sozialismus“ in Grund und Boden zu stampfen.

Da jede Umschreibung abschwächende Wirkung hat, lassen wir den Artikel bis auf die Stellen, wo Herr Koch aus richtigen Voraussetzungen falsche, nationalsozialistisch konfuse Schlüsse zieht, hier folgen:

„Die kommunistische Presse überschlägt sich augenblicklich wieder in Siegesnachrichten aus Rußland. Dort hat nämlich das Zentralkomitee der Bolschewistischen Partei soeben den zweiten „Fünfjahresplan“ beschlossen, der im nächsten Jahr beginnen und das Jahr fünf von 1933 bis 1937 umfassen soll.

Diese Tatsache wird nun in der KPD-Presse groß aufgemacht als „Sieg des Sozialismus“, und die kommunistische Presse lebt in einem Rausch der Zahlen, den sie allzugen auf die deutsche Arbeiterschaft übertragen möchte. Da wird hinausposaunt, daß am Ende des zweiten Fünfjahresplans (also 1937) die russische Produktion des Maschinenbaues 3 1/2 mal so groß sein wird, als im Jahre 1932; daß die Elektrizitätserzeugung dann 100 Milliarden Kilowattstunden betragen wird, gegen heute 17 Milliarden; die Kohlenenerzeugung 250 Millionen Tonnen gegen heute 90 Millionen; kurz, daß dann eben Sowjet-Rußland an der Spitze der Produktion der ganzen Welt stehen wird. —

Abgesehen davon, daß diese Zahlen zunächst nur Pläne sind, deren Ausführung abgewartet werden muß, erheben wir Nationalsozialisten gegenüber der KPD-Presse die grundlegende Frage: Ist das Eiserne Sozialismus? Ihr sollt also das Wesen des Sozialismus in einer Verdoppelung der Eisenproduktion, einer Verdoppelung der Arbeiterzahlen, einer Verdoppelung der Elektrizität — mit Verlaub! Bei diesem Maßstab sind Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika dann die sozialistischsten Länder der Welt. Denn die Produktion Deutschlands von 1871 bis 1881 stieg in bedeutend schnellerem Tempo und erreichte viel gewaltiger Ausmaß als die Produktion Rußlands von 1917 bis 1927! Und die Industrialisierung und Produktionssteigerung Nordamerikas von 1914 bis 1924 beträgt der Intensität und dem Umfang nach, mehr als das Doppelte der Industrialisierung und Produktionssteigerung Rußlands während der beiden Fünfjahrespläne.

Aber all das hat mit Sozialismus nichts als das Geringste zu tun. (Anmerkung: Sperrung von Koch) Sondern das ist die natürliche und selbstverständliche Folge der Umwandlung eines Agrarlandes in ein Industrieland. Und diese Verwandlung erzeugt immer eine „Blüte“ der Wirtschaft, die mit dem System der Wirtschaft ursprünglich nichts zu tun hat. Darum ist es einfach ein demagogischer Fälschertrick, wenn man die Prosperität der russischen Wirtschaft auf „einen Sieg des Sozialismus“ zurückführt und der deutschen Arbeiterschaft weismachen will, daß bei Übernahme dieser Methoden sich auch eine Prosperität der deutschen Wirtschaft ergeben würde. Solche Taschenspielerkunststücke entlarven wir mit der Gegenfrage: Gab es im Deutschland der Gründerjahre (1871 — 1881) etwa Arbeitslosigkeit? Wurden damals nicht mit Lockung und Zwang Arbeitskräfte gesucht — genau wie heute in Rußland? Hat sich die deutsche Produktion in jener Zeit nicht mit Riesenschritten von Jahr zu Jahr gehoben? Hob sich damals nicht der Lebensstandard der Arbeiterschaft des gesamten Volkes in geradezu trappanter Weise? Aber war das alles etwa ein Verdienst des „Sozialismus“ oder nicht vielmehr sogar des Kapitalismus? Und hat der Kapitalismus in Amerika nicht das gleiche „Wunder“ vollbracht,

dessen sich heute die Sowjet-Union rühmt, und zwar in kürzester Zeit und ohne solch große Reibungsverluste an Menschen und Kraft, wie in Rußland? — Aber das alles hat weder etwas mit Kapitalismus, noch mit Sozialismus zu tun, sondern ist die natürliche Folgeerscheinung der Umwandlung eines Agrarlandes in ein Industrieland, der „Erschließung“ eines jungen Landes und seiner Naturschätze! —

Wir gehen noch weiter! Sowie die ersten Folgerungen einer solchen Umwandlung als günstig angesehen werden — sowohl einst in Deutschland, als später in Amerika, als heute in Rußland — so werden die später auftretenden Folgen als verhängnisvoll empfunden, sowohl heute in Deutschland als morgen in Amerika und einst in Rußland. Jene Folgen, nämlich der Proletarisierung, der Verstärkung, der Landflucht und Genußsucht! . . .

An dieser Stelle ist Deutschland angelangt! . . . Fällt dem deutschen Kommunisten nicht auf, wie kapitalistisch, jawohl wie kapitalistisch die Kommentare der KPD-Presse zum russischen Fünfjahresplan sind: Steigerung der Produktion, des Exports,

Hier abbrechen

Bestellzettel

An das

Postamt

Ueberflügelung anderer Staaten usw., das sind doch alles rein kapitalistische Zielsetzungen! Zielsetzungen des Frühkapitalismus, wie sie in Deutschland der Siebzigerjahre, in Amerika der Jahrhundertwende gang und gebe waren.

Es ändert an dieser Kennzeichnung nichts, daß heute in Rußland kein Privat-Kapitalismus herrscht, sondern ein Staats-Kapitalismus. Im Gegenteil, dadurch verschlimmert sich doch nur die Entrechtung des Arbeiters, der damit sich dem Zugriff der Ausbeutung überhaupt nicht mehr entziehen kann, da ja jede Fabrik vom gleichen „Ausbeuter“, nämlich vom Staat betrieben wird. — . . .

So weit Herr Koch. Wir können nur sagen, daß diese Argumentation, trotz ihrer offensichtlichen Schwächen, recht überzeugend wirkt und z. T. auch ist. Denn daß auch im wirklichen, von uns erstrebten Kommunismus, die Produktion gesteigert werden wird, da ja Ueberproduktion nur im kapitalistischen Sinne besteht, nur daß der Arbeitsanteil des Einzelnen ein unendlich geringeres, weil alle Schultern gleichmäßig verteiltes Quantum darstellen wird, ist eine von uns schon längst begriffene Tatsache.

Da wir aber wissen, zu welchem reaktionären Zwecken derjenige Arbeiter, der sich etwa davon blühen ließe, benutzt wird, so ist ad demonstrandum darzulegen, wie die Lückenhaltigkeit der offiziellen Parteitheorie (welche Ausführungen, wie die angeführten, durchaus nicht zu widerlegen im Stande ist, höchstens kann sie mit neuen bombastischen Phrasen aufwerten), Wasser auf die Mühlen der Nazis oder um mit Rosa Luxemburg zu sprechen, Argumente für unsere Gegner liefern.

Genossen, lernt selber Wirtschaftsmethoden kritisch untersuchen, die Waffe der marxistischen Kritik anwenden, dann kann euch niemand mit Zahlen blühen, die wohl sehr phantastisch wirken, aber dem eingeweihten nur die nackte kapitalistische Wirklichkeit enthüllen.

Macht euch frei von den Meinungsfabriken der offiziellen Parteipresse, die so wenig Überzeugendes und um so mehr Material für den Gegner liefert und daher im letzten Grunde sich konterrevolutionär auswirken lassen.

Klassenjustiz des dritten Reiches

Ende Januar begann vor dem Schwurgericht in Essen der vielbesprochene Felgendreherprozeß. Grund hierzu war die Erschießung des Nationalsozialisten Felgendreher welcher sich im Frühjahr vergangenen Jahres mit einer Gruppe Gesinnungsgenossen auf dem Heimwege von Essen nach dem Vorort Kray beland. Unterwegs wurde die Gruppe beschossen und Felgendreher hierbei getötet. Dieses führte zur Verhaftung mehrerer kommunistischer Arbeiter, deren Folge die Mordanklage war. Der Gang der Verhandlung zeigte, daß die Urteile keinerlei Stütze fanden.

Nunmehr haben die Vertreter der öffentlichen Anklage, sowie die Laienrichter das letzte Wort in diesem Prozeß gesprochen.

Im Gegensatz zum Antrage des Staatsanwaltsrats Kesseböhmer, welcher der NSDAP nahe steht, der somit ein typischer Vertreter der hitlerischen Nachwächterpolitik und Klassenmordjustiz des dritten Reiches ist; der die Köpfe der angeklagten Arbeiter forderte, um die blutrünstigen und sadistischen Geleiste der überexponierten kleinbürgerlichen Welt des dritten Reiches es zu befriedigen; beließen es die Richter bei einer langjährigen Zuchthausstrafe.

Dieses Urteil besagt, daß den Angeklagten kein Mord nachzuweisen ist. Der Versuch der Staatsanwaltschaft, den Nachweis zu bringen, ob tatsächlich

eine kommunistische Terrorgruppe besteht, ist kläglich gescheitert. Festgestellt wurde vielmehr, daß die „regelmäßigen Zusammenkünfte der kommunistischen Terroristen“ aus harmlosen Theaterprobensitzungen einer Dilettantengruppe bestand; und der gefundene „Terrorplan“ ein gänzlich unbedeutender Stundenplan einer Freizeiterkennung war.

Die Beweisaufnahme zeigte, daß der NSDAP-Gauleiter Zillkens die Polizei auf den Mitangeklagten Wolff aufmerksam machte. Wolff, der ständig in Kreisen kommunistischer Arbeiter verkehrte, ist demnach ein nationalsozialistischer Spitzel und „agent provocateur“.

Den Fall ernstlich zu untersuchen, ob nationalsozialistische Gruppen von „agents provocateurs“ bestehen, daran hatte natürlich der Staatsanwalt kein Interesse.

Ferner hat der Mitangeklagte Wolff in der Voruntersuchung ein Geständnis abgelegt, was ihm von der Polizei vorgeplappert worden ist. Man hatte Wolff mit allen nur erdenklichen Mitteln bearbeitet, ihm seine Freilassung versprochen, wenn er das aussage, was die Polizei brauchen kann.

Wolff hat Zeugen gegenüber erklärt, sich die ausgesetzte Belohnung von 1000 RM für die Ergreifung der Täter der Erschießung Felgendreher zu verdienen. Von der Verteidigung der kommunistischen Arbeiter konnte einwandfrei nachgewiesen werden, daß Wolff in der fraglichen Nacht im Besitze einer Pistole war; und auf die Nationalsozialisten geschossen hat.

Ein Sturm der Entrüstung geht durch das Proletariat, wenn es von den ungeliebten Strafmaßnahmen der bürgerlichen Justiz liest. Das Proletariat ist vogelfrei. Proleten dürfen es nicht einmal wagen, sich ihrer

Wohnungsfürsorge jammert. — Wenn man sich im laufenden Jahre gewundert hat, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft keine Mittel mehr zur Verfügung stellen konnte, so erklärt sich das sehr einfach aus dem Grunde, daß 1930 43.667 Wohnungen fertiggestellt wurden, für die Hauszinssteuerpforten durch die Wohnungsfürsorgegesellschaft zugesagt waren. Die verfügbaren Mittel reichten aber nur für 20.243 Wohnungen gegenüber 24.505 im Vorjahre, so daß also noch mindestens ein Jahresaufkommen der Wohnungsfürsorge für die Neubauten von 1930 benötigt wird. Das wäre wesentlich anders, wenn von den 316 Millionen Reichsmark Hauszinssteuern, die der Berliner Hausbesitzer aufbringt, ein größerer Teil für den Wohnungsbau hätte verwendet werden können. Aber außer dem Anteil, der ohnedies auf allgemeine Finanzzwecke entfällt, mußten dem staatlichen Ausgleichsfonds 47 Millionen RM zugeführt werden, so daß nur 110 Mill. RM (6. V. 126) staatliche Mittel für den Neubau verblieben. Auch von dem 100-Millionen-Betrag, den das Reich für Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt hat, erhielt die Stadt Berlin nur 5 Mill. RM, mit denen 1167 Kleinwohnungen erstellt werden konnten.

Krankenhäuser und Heime bedroht. Das Deutsche Rote Kreuz gibt soeben den Bericht über seine Tätigkeit im Notjahr 1930-31 heraus. Darin wird mit aller Offenheit ausgesprochen, daß infolge der Wirtschaftskrise die Lage der Krankenanstalten, Heime, Horte und Fürsorgestellen des Roten Kreuzes eine katastrophale zu werden beginnt.

Wie erschreckend der Rückgang der Geburten in Wien ist, beweist die letzte Statistik. Im Jahre 1900 gab es in Wien noch 51.000 Geburten, das Jahr 1931 wird die Höchstzahl von 17.000 erreichen.

Aus Polen: Ungeheuer scharf ist die Krise der ostoberschlesischen Eisenindustrie. Im August wurden 76.000 Tonnen, im September 69.000 Tonnen, im Oktober nur noch 42.000 Tonnen Rohstahl produziert. Die Produktion beträgt somit nur noch 47% der des Jahres 1913. Der Export der Eisenindustrie aus Ostoberschlesien sank im Oktober von 31.000 auf 17.000 Tonnen, also um 43%.

Aus Frankreich: Besonders charakteristisch für die Entwicklung der französischen Wirtschaft ist der rückgängige Geschäftsgang der französischen Eisen- und Stahlindustrie, der das Nachlassen der Investitionsfähigkeit widerspiegelt. Die Essenser Produktion ist von dem Monatsdurchschnitt 1929: 864.000 Tonnen auf Monatsdurchschnitt 1930: 841.000 To. auf September 1931: 654.000 To. zurückgegangen; die Stahlproduktion entsprechend von 808.000 To. auf 783.000 To. und 656.000 To. Der Geschäftsgang hat sich demnach erheblich reduziert und die Erträge sind noch viel stärker infolge des starken Preisrückganges zurückgegangen. Die Bilanzen der Gesellschaften spiegeln schon in der Periode 1930/31 diese Einnahmekrise wieder, doch konnten von den Werken — teilweise unter Auflösung früherer angesammelter Reserven — immer noch Dividenden ausgeschüttet werden. — Die drei großen Ueberseeschiffahrtsgesellschaften sind völlig dividendenlos geblieben. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die Krise ergreift bereits auch die Landwirtschaft Frankreichs.

Für den Inhalt verantwortlich: Richard Weiß, Dresden-A. Druck: F. Feyer, Dresden-A.

Achtung!

Polizeiwilkkür und Presse

Durch die in letzter Zeit in mehreren Bezirken gehandhabten Polizeipraktiken (Beschlagnahme, Prozesse etc.) ist das Erscheinen der nächsten Nummer des „Spartakus“ in Frage gestellt, falls nicht in letzter Stunde dem Pressefond größere Mittel zufließen.

Werte Genossen!

Wir werden natürlich — sobald wir in der Lage sind — die nächste Nummer in Druck geben, und bitten in revolutionärer Erkenntnis, diesem wohl bedauerlichen Zustande Rechnung zu tragen.

D. R. Pr.-Kom.

Haut zu wehren. Wenn Arbeiter von organisierten Streikern, Wegelagerern und Mordbanditen hitlerischer Herrlichkeit, aus dem „wohlgesitteten, gottgewollten“ dritten Reiche arischer Abnormitäten, hinterlistig überfallen werden, finden diese Verbrecher noch milde Richter; und sans phrase werden diese Kleinbürger nationaler Verworfenheit nach kurzer Haft auf freiem Fuß gesetzt.

Für das Proletariat bei geringstem Vergehen die Todesstrafe, langjährige Gefängnis- und Zuchthausstrafen; zu zehn Jahren Zuchthaus und mehr für Vergehen, die nicht einmal nachgewiesen worden sind, wurden die Essener Kommunisten verurteilt. Hitler, SS, und SA. dürfen unbefehligt auf offener Straße morden und plündern. Wir erinnern nur an den Hennigsmord in Hamburg und die verschiedenen Morde in Braunschweig; und die erst kürzlich begangenen mehrfachen Morde in Dortmund, Felsenek, Schlesien usw.

Hier begnügten sich die Klassenrichter der bürgerlichen Gesellschaft mit geringen Gefängnisstrafen. In Braunschweig brachte es der hitlerische Landvogt sogar fertig, den gedungenen Nazimörder Haymann mit dem § 51 zu beehren; und denselben sofort aus der Haft zu entlassen.

Das sind niederschmetternde Aussichten für das Proletariat im dritten Reiche. Andererseits ist es allerdings sehr betäubend, die Quintessenz der hitlerischen Nachwächterrepublik mit dem Paragraphen 51 zu figurieren.

Noch nie hat das Lumpenpack sein Lumpenhandwerk zynischer verrichtet. Es kann die Diktatur der

Bourgeoisie nur vernichtet werden durch die eiserne Faust des Proletariats — durch die Diktatur des Proletariats. Das Tor, das den Weg aus all diesem Elend öfnet, kann nur vom Proletariat selbst geöffnet werden, und nur mit Gewalt.

Im Brennspiegel der Todeskrise

Aus Deutschland:

Die Reichsbahn berichtet, daß der Rückgang der Wagenstellung im Güterverkehr im Oktober 1931 gegenüber Oktober 1930 11,4% und gegenüber 1929 sogar 25% betrug. Ebenfalls nahm in ähnlicher Weise der Personenverkehr ab. Auch hielt die Abwanderung in die Holzklasse an. Die durch die Betriebseinnahmen nicht gedeckten Ausgaben erhöhten sich in den ersten 10 Monaten 1931 auf 306,1 Millionen Mark.

Die Bautätigkeit ging lergestalt zurück: Der Verband sozialer Baubetriebe, dem die freien Gewerkschaften aller Berufsschichten angeschlossen sind, sagt in seinem Geschäftsbericht per 30. Juni 31, daß die Baubüttenbewegung das Jahr 1930 noch gut überstanden habe. Nicht so gut sei die Entwicklung im Jahre 1931. Die Zahl der im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1931 beschäftigten Arbeiter ist gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 12.948 — um 22,8% — auf 99.68 gesunken. Später ist aber die für die Arbeiter vorausgahbe Lohnsumme gefallen, und zwar um 18,5 Millionen RM oder 36,8% gegenüber dem 1. Halbjahr 30.

Und die Wohnungsfürsorge jammert. — Wenn man sich im laufenden Jahre gewundert hat, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft keine Mittel mehr zur Verfügung stellen konnte, so erklärt sich das sehr einfach aus dem Grunde, daß 1930 43.667 Wohnungen fertiggestellt wurden, für die Hauszinssteuerpforten durch die Wohnungsfürsorgegesellschaft zugesagt waren. Die verfügbaren Mittel reichten aber nur für 20.243 Wohnungen gegenüber 24.505 im Vorjahre, so daß also noch mindestens ein Jahresaufkommen der Wohnungsfürsorge für die Neubauten von 1930 benötigt wird. Das wäre wesentlich anders, wenn von den 316 Millionen Reichsmark Hauszinssteuern, die der Berliner Hausbesitzer aufbringt, ein größerer Teil für den Wohnungsbau hätte verwendet werden können. Aber außer dem Anteil, der ohnedies auf allgemeine Finanzzwecke entfällt, mußten dem staatlichen Ausgleichsfonds 47 Millionen RM zugeführt werden, so daß nur 110 Mill. RM (6. V. 126) staatliche Mittel für den Neubau verblieben. Auch von dem 100-Millionen-Betrag, den das Reich für Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt hat, erhielt die Stadt Berlin nur 5 Mill. RM, mit denen 1167 Kleinwohnungen erstellt werden konnten.

Krankenhäuser und Heime bedroht. Das Deutsche Rote Kreuz gibt soeben den Bericht über seine Tätigkeit im Notjahr 1930-31 heraus. Darin wird mit aller Offenheit ausgesprochen, daß infolge der Wirtschaftskrise die Lage der Krankenanstalten, Heime, Horte und Fürsorgestellen des Roten Kreuzes eine katastrophale zu werden beginnt.

Wie erschreckend der Rückgang der Geburten in Wien ist, beweist die letzte Statistik. Im Jahre 1900 gab es in Wien noch 51.000 Geburten, das Jahr 1931 wird die Höchstzahl von 17.000 erreichen.

Aus Oesterreich:

Wie erschreckend der Rückgang der Geburten in Wien ist, beweist die letzte Statistik. Im Jahre 1900 gab es in Wien noch 51.000 Geburten, das Jahr 1931 wird die Höchstzahl von 17.000 erreichen.

Aus Polen:

Ungeheuer scharf ist die Krise der ostoberschlesischen Eisenindustrie. Im August wurden 76.000 Tonnen, im September 69.000 Tonnen, im Oktober nur noch 42.000 Tonnen Rohstahl produziert. Die Produktion beträgt somit nur noch 47% der des Jahres 1913. Der Export der Eisenindustrie aus Ostoberschlesien sank im Oktober von 31.000 auf 17.000 Tonnen, also um 43%.

Aus Frankreich:

Besonders charakteristisch für die Entwicklung der französischen Wirtschaft ist der rückgängige Geschäftsgang der französischen Eisen- und Stahlindustrie, der das Nachlassen der Investitionsfähigkeit widerspiegelt. Die Essenser Produktion ist von dem Monatsdurchschnitt 1929: 864.000 Tonnen auf Monatsdurchschnitt 1930: 841.000 To. auf September 1931: 654.000 To. zurückgegangen; die Stahlproduktion entsprechend von 808.000 To. auf 783.000 To. und 656.000 To. Der Geschäftsgang hat sich demnach erheblich reduziert und die Erträge sind noch viel stärker infolge des starken Preisrückganges zurückgegangen. Die Bilanzen der Gesellschaften spiegeln schon in der Periode 1930/31 diese Einnahmekrise wieder, doch konnten von den Werken — teilweise unter Auflösung früherer angesammelter Reserven — immer noch Dividenden ausgeschüttet werden. — Die drei großen Ueberseeschiffahrtsgesellschaften sind völlig dividendenlos geblieben. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die Krise ergreift bereits auch die Landwirtschaft Frankreichs.

Für den Inhalt verantwortlich: Richard Weiß, Dresden-A. Druck: F. Feyer, Dresden-A.

Nr. 6 * 7. Jahrgang
12. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES (Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Geschäftsstelle: Paul Köllner, Rähnitz-Hellerau, Hendrichstraße 3

Verlagsort: Dresden-Mockritz. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt b. d. Geschäftsstelle Hellerau, Hendrichstr. 3

Zweite März-Nummer 1932

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Das Affentheater tagte

Der Reichstag hat seine „großen“ Tage gehabt. Das gläubige Volk, das immer noch von dem Reichstag sachliche und positive Hilfe zur Belebung der Wirtschaft erwartet, hatte diesmal das Glück gehabt, am 25. Februar 1932 die Reichstagsrede des Reichskanzlers Brüning und die durch die Betriebsorganisationen nicht gedeckten Ausgaben erhöhten sich in den ersten 10 Monaten 1931 auf 306,1 Millionen Mark.

Die Bautätigkeit ging lergestalt zurück: Der Verband sozialer Baubetriebe, dem die freien Gewerkschaften aller Berufsschichten angeschlossen sind, sagt in seinem Geschäftsbericht per 30. Juni 31, daß die Baubüttenbewegung das Jahr 1930 noch gut überstanden habe. Nicht so gut sei die Entwicklung im Jahre 1931. Die Zahl der im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1931 beschäftigten Arbeiter ist gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 12.948 — um 22,8% — auf 99.68 gesunken. Später ist aber die für die Arbeiter vorausgahbe Lohnsumme gefallen, und zwar um 18,5 Millionen RM oder 36,8% gegenüber dem 1. Halbjahr 30.

Und die Wohnungsfürsorge jammert. — Wenn man sich im laufenden Jahre gewundert hat, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft keine Mittel mehr zur Verfügung stellen konnte, so erklärt sich das sehr einfach aus dem Grunde, daß 1930 43.667 Wohnungen fertiggestellt wurden, für die Hauszinssteuerpforten durch die Wohnungsfürsorgegesellschaft zugesagt waren. Die verfügbaren Mittel reichten aber nur für 20.243 Wohnungen gegenüber 24.505 im Vorjahre, so daß also noch mindestens ein Jahresaufkommen der Wohnungsfürsorge für die Neubauten von 1930 benötigt wird. Das wäre wesentlich anders, wenn von den 316 Millionen Reichsmark Hauszinssteuern, die der Berliner Hausbesitzer aufbringt, ein größerer Teil für den Wohnungsbau hätte verwendet werden können. Aber außer dem Anteil, der ohnedies auf allgemeine Finanzzwecke entfällt, mußten dem staatlichen Ausgleichsfonds 47 Millionen RM zugeführt werden, so daß nur 110 Mill. RM (6. V. 126) staatliche Mittel für den Neubau verblieben. Auch von dem 100-Millionen-Betrag, den das Reich für Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt hat, erhielt die Stadt Berlin nur 5 Mill. RM, mit denen 1167 Kleinwohnungen erstellt werden konnten.

Krankenhäuser und Heime bedroht. Das Deutsche Rote Kreuz gibt soeben den Bericht über seine Tätigkeit im Notjahr 1930-31 heraus. Darin wird mit aller Offenheit ausgesprochen, daß infolge der Wirtschaftskrise die Lage der Krankenanstalten, Heime, Horte und Fürsorgestellen des Roten Kreuzes eine katastrophale zu werden beginnt.

Wie erschreckend der Rückgang der Geburten in Wien ist, beweist die letzte Statistik. Im Jahre 1900 gab es in Wien noch 51.000 Geburten, das Jahr 1931 wird die Höchstzahl von 17.000 erreichen.

Aus Polen: Ungeheuer scharf ist die Krise der ostoberschlesischen Eisenindustrie. Im August wurden 76.000 Tonnen, im September 69.000 Tonnen, im Oktober nur noch 42.000 Tonnen Rohstahl produziert. Die Produktion beträgt somit nur noch 47% der des Jahres 1913. Der Export der Eisenindustrie aus Ostoberschlesien sank im Oktober von 31.000 auf 17.000 Tonnen, also um 43%.

Aus Frankreich: Besonders charakteristisch für die Entwicklung der französischen Wirtschaft ist der rückgängige Geschäftsgang der französischen Eisen- und Stahlindustrie, der das Nachlassen der Investitionsfähigkeit widerspiegelt. Die Essenser Produktion ist von dem Monatsdurchschnitt 1929: 864.000 Tonnen auf Monatsdurchschnitt 1930: 841.000 To. auf September 1931: 654.000 To. zurückgegangen; die Stahlproduktion entsprechend von 808.000 To. auf 783.000 To. und 656.000 To. Der Geschäftsgang hat sich demnach erheblich reduziert und die Erträge sind noch viel stärker infolge des starken Preisrückganges zurückgegangen. Die Bilanzen der Gesellschaften spiegeln schon in der Periode 1930/31 diese Einnahmekrise wieder, doch konnten von den Werken — teilweise unter Auflösung früherer angesammelter Reserven — immer noch Dividenden ausgeschüttet werden. — Die drei großen Ueberseeschiffahrtsgesellschaften sind völlig dividendenlos geblieben. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die Krise ergreift bereits auch die Landwirtschaft Frankreichs.

Hier begnügten sich die Klassenrichter der bürgerlichen Gesellschaft mit geringen Gefängnisstrafen. In Braunschweig brachte es der hitlerische Landvogt sogar fertig, den gedungenen Nazimörder Haymann mit dem § 51 zu beehren; und denselben sofort aus der Haft zu entlassen.

Das sind niederschmetternde Aussichten für das Proletariat im dritten Reiche. Andererseits ist es allerdings sehr betäubend, die Quintessenz der hitlerischen Nachwächterrepublik mit dem Paragraphen 51 zu figurieren.

Noch nie hat das Lumpenpack sein Lumpenhandwerk zynischer verrichtet. Es kann die Diktatur der

Der letzte Reichstag war ein Affentheater in Reinkultur. Was die Nationalsozialisten an Anwürfe, Demagogie, Lüge und Gemeinheit gegen die Brüningregierung schleuderte, war so widerlich, daß es selbst Herrn Brüning, der immer darauf bedacht war, die Nationalsozialisten als besondere Blutgarde der kapitalistischen Klassenherrschaft so vorsichtig wie ein rohes Ei zu behandeln, zu bunt wurde.

Als die Hitlerischen Brüffanten dann Brüning noch vorwarfen, er sei der Mann, der das System des 9. November stütze, da hörte und da erfuhr das Proletariat, wer Herr Brüning war und ist. In heller Empörung erklärte der Reichskanzler Brüning, der Mann der Sozialdemokratie, der oberste Herrscher, jener, durch den 9. November 1918 gegründeten demokratischen Scheinrepublik, zu den Nazis sich wendend:

„Wagen Sie nicht, mich mit dem 9. November in irgend einer Weise in Verbindung zu bringen. Am 9. November war ich an der Spitze des Sturmabteilung Winterfeldt, das zur Niederwerfung der Revolution bestimmt war.“

Wohl nie hat eine Erklärung im Reichstag verblühender gewirkt als diese. Und als darauf der widerliche, sozialdemokratische Bursche Sollmann zu den Kommunisten hinüberlief:

„Wir gehen tausendmal lieber mit Brüning als mit Euch.“

da stand und mußte für jeden Proletarier feststehen, daß dieser Parlamentarismus überhaupt das Sammelbecken der Weißgardisten aller Schattierungen ist.

Noch nie ist so offen der Arbeiterklasse demonstriert, daß die Stützen ihrer Republik, damals am 9. November, in den konterrevolutionären Sturmabteilungen gegen die sich gründende Republik standen.

Durch den Ausspruch von Brüning ist offen zugegeben, daß es den Ebert, Scheidemann, Noske, Landsberg gelungen war, die Revolution im Blute zu erstickten; und daß diese Republik in keiner Beziehung identifiziert werden kann mit dem November von 1918. Damals mußte die Revolution weiter getrieben werden, leider wurde eine bürgerliche Republik daraus.

Und heute, wo jeder weiß, daß die Führer der Republik konterrevolutionäre waren; und jeden Tag durch ihre Verordnungen dem Proletariat bewiesen wird, daß die konterrevolutionären, nationalsozialistischen Sturmtruppen immer ungenierter ihre Mordtaten ausüben können, da soll dem Proletariat wieder neues Vertrauen zur faschistischen Republik eingepflanz werden.

Die Todeskrise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sie wirft nicht nur Millionen bester Arbeitskräfte auf die Straße, sondern auch die Arbeiterklasse selbst in die Armut. Die Arbeiterklasse muß sich mit dem Hunger und dem Frost abfinden, sie löst die Bourgeoisie auch ideologisch auf.

Ein solches geistiges Verfallsprodukt ist die nationalsozialistische Bewegung. Ihre Anwürfe gegen den raffinierten Weißgardisten Brüning, um den augenblicklich besten Staatsmann der bürgerlichen Zerfallsperiode, zu reden, Brüning hat ihnen und auch der Sozialdemokratie in aller Öffentlichkeit seinen Weg, den er gegangen ist; und den er wegen seiner konservativen Einstellung weiter gehen wird, aufgezeigt. Er hat durch seine Rede bewiesen, daß, um den faschistischen Kurs durchzuführen, mehr dazu gehört als die große Schanzaue.

Auch hier schwieg wieder die Sozialdemokratie. Sie ist eben nicht gegen die Hitlerbewegung, weil sie den Faschismus einführen, sondern weil der Kurs der Goebbels, Hitler und Strasser zu öffentlich den

Parlamentarismus als konterrevolutionäres Instrument entlarven würde.

So und nicht anders ist die Frage gestellt. Der Parlamentarismus hat den Brüningkurs, hat die Mordpest der Hitlerbewegung gezeugt. Der Parlamentarismus hat sich schlimmer denn je, als ein Instrument zur brutalen Aufrechterhaltung des Kapitalismus erwiesen.

Hier gilt es den proletarischen Klassenkampf zu führen, und das heißt:

Vernichtung der parlamentarischen Ideologie in den Hirnen des Proletariats und Aufbau der revolutionären Betriebsorganisationen,

der programmatisch seinen Niederschlag im Spartakusbund findet.

Rosa Luxemburg zum Wahrummel

In der „Roten Fahne“ vom Mittwoch, den 20. November 1918 schrieb die konsequente Marxistin Rosa Luxemburg nachfolgend, auch für die heutige Präsidentschaftswahl sehr wichtigen Artikel:

Die Nationalversammlung

Von der „Deutschen Tageszeitung“, der „Vossischen“ und dem „Vorwärts“ bis zur unabhängigen „Freiheit“, von Reventlow, Erzberger, Scheidemann bis Hase und Kautsky ertönt ein einmütiger Angstschrei vor der Idee: die Macht in die Hände der Arbeiterklasse.

Das ganze „Volk“, die ganze „Nation“ soll dazu berufen werden, über die weiteren Schicksale der Revolution durch Mehrheitsbeschluß zu entscheiden.

Bei den verkappten und offenen Agenten der herrschenden Klasse ist die Parole selbstverständlich. Mit Wächtern der kapitalistischen Kassenschränke diskutieren wir weder in der Nationalversammlung, noch über die Nationalversammlung.

Aber auch unabhängige Führer stellen sich in dieser entscheidenden Frage mit den Wächtern des Kapitals in Reih' und Glied.

Sie wollen der Revolution, wie Hillerding in der „Freiheit“ darlegt, auf diese Weise die Gewaltanwendung, den Bürgerkrieg mit all seinen Schrecken ersparen, kleinbürgerliche Illusionen! Sie stellen sich den Verlauf der gewaltigsten sozialen Revolution, seit die Menschheit besteht, in der Form vor, daß verschiedene Gesellschaftsklassen zusammenkommen, eine schöne ruhige und „würdige“ Diskussion miteinander pflegen, sodann eine Abstimmung mit-leicht noch mit dem berühmten „Hammelsprung“ — veranstalten.

Wenn dann die Kapitalistenklasse sieht, daß sie in der Minderheit ist, erklärt sie als wohlwis'dig'plimierie parlamentarische Partei mit einem Seuzler: Nichts zu machen! wir higen uns und übergeben unsere gesamten Ländereien, Fabriken, Bergwerke, alle unsere feuer sichereren Kassen und die schönen Profite den Arbeitern

Wahrhaftig, das Geschlecht der Lamartine, Garnier, Paves, Ledru-Rollin, der kleinbürgerlichen Illusionisten und Schwätzer von Anno 1848 ist nicht ausgestorben; es steht — ohne Glanz und Talent und Reiz der Neuheit — in langweilig-pedantisch-gelehrter deutscher Ausgabe in den Kautsky, Hillerding, Hase wieder auf.

Diese tiefgründigen Marxisten haben das ABC des Sozialismus vergessen.